

Sonnabend, den 7. Juni 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 25 Pf.

# Szpie Presse

Anzeigenpreis: Die sieben geprägten Nummernzeile 30 Pf. — Ausland 50 Pf.  
Die vier geprägten Reklame-Teilezeile 2 M. — Für Vorwörfe 100 Pf.  
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet  
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark,  
bei Postversand M. 1,75 bezw. M. 7.—

Nr. 145

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

## Die Rechte der nationalen Minderheiten in Polen.

Der „Glos Polisi“ läßt sich die nachstehende, für die Deutschen wie auch für die übrigen völkischen Minderheiten in Polen höchst erfreuliche Nachricht aus Wien melden:

Ungeachtet aller Gegenversicherungen bestätigt sich vollständig, die Nachricht von der Zuverlässigkeit der nationalen Minderheitsrechte an die Juden in Polen seitens der Entente. Die „Times“ meldet in ihrer Nr. 42111 aus Paris, daß der Biererat beschlossen habe, den Vertretern Polens einen Vertrag zur Unterzeichnung vorzulegen, der die Klausel über Zuverlässigkeit der nationalen Minderheitsrechte an die in Polen wohnenden Deutschen, Ruthenen und Juden enthält.

Dieser Vertrag hat eine große Ähnlichkeit mit dem im Jahre 1878 in Berlin zwischen den Großmächten und Rumänen abgeschlossenen und von einer Kommission entworfenen, zu der folgende Vertreter der Großmächte gehörten: Berthold als Vertreter Frankreichs, Hendlam Morley als Vertreter Großbritanniens, Charles Miller als Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Marteis als Vertreter Italiens.

Die erwähnte Klausel lautet wie folgt: „Polen, das die Grundsätze der Freiheit und der Gerechtigkeit zu verwirklichen sucht und allen seinen Einwohnern, über die es seine Macht ausübt, Bürgschaften verleiht, will, anerkennt, daß der Schutz über die Minderheiten eine Pflicht des internationalen Ausschusses ist, der die Gerichtsbarkeit ausübt. Polen verbürgt gleichfalls aus eigenem freiwilligen Willen, daß alle Einwohner des Staates bona fide Staatsbürgter Polens bleiben und verbürgt ihnen volle Sicherheit des Lebens und der Freiheit, ohne Unterschied der Geburt, Rasse, Nationalität, Sprache und Religion. Polen anerkennt, daß die polnischen Bürger nicht eingeschränkt werden in Bezug auf die angeführten Unterschiede bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern, bei der Erfüllung von Beamtenpflichten, bei der Beliebung von Würden und bei der Berufsausübung. Sämtliche Rassen-, Religions- und sprachlichen Minderheiten dürfen, sofern sie das verlangen, ihre eigenen Vermögen und Wohltätigkeitsinstitute u. s. w. besitzen und beaufsichtigen, sowie ihre Religionsgebräuche ausüben und die eigene Sprache gebrauchen.“

Bekanntlich dürfen die Juden von den obigen Rechten Gebrauch machen. Außerdem geließen sie einen Vorzug in Bezug auf die Feiertagshaltung; „Keinerlei Wahlen finden an Sonnabenden oder an jüdischen Feiertagen statt.“

Der Staat verbürgt die Unabhängigkeit des jüdischen Schulwesens sowie den Gebrauch der jüdischen Jargonsprache.

Dasselbe bezieht sich auf die Ruthenen, was jedoch der Festsetzung der polnischen Sprache als Amtssprache nicht im Wege steht.

Die Sicherung der religiösen, sprachlichen und Rassen-Minderheitsrechte betreffenden Zusagen des obigen Vertrags stehen unter dem besonderen Schutze des Völkerbundes, dessen Entscheidung für alle ihre Änderungen und Beschränkungen durch die polnische Verfassung maßgebend ist.

## Reichstag.

(56. Sitzung. 4. Juni).

Landwirtschaftsminister Janicki weist in seiner Rede zur Agrarreform unter anderem darauf hin, mit welcher Vorsicht und Nüchternheit die deutschen Reformen durchgeführt wurden und sagt: Nach der Auffassung des Ministerium müssen die Agrarreformen die Mängel unserer Agrarordnung bejettigen, sie müssen sich auf eine reale Grundlage stützen. Die Frage wird dadurch erschwert, daß wir bisher keinen einheitlichen Staatskörper besaßen und daß jedes Teilungsgebiet anderen Vorschriften und anderen Bedingungen unterworfen war. Die größten Schwierigkeiten finden wir in Kleinpolen. Dort wurde in landwirtschaftlicher Beziehung so herzlich wenig getan. In dem ehemaligen Königreich Polen haben Ortsverhältnisse wenigstens in den letzten 20 Jahren die Mittelmirtschaft zu bedeutender Entwicklung gebracht. Im Posenschen Gebiet entsprechen die landwirtschaftlichen Verhältnisse allen Anforderungen und dort werden wir die Früchte der frugen deutschen Agrarpolitik ernten.

Abg. Erzbischof Todorowicz weist daran hin, daß bei der Durchführung der Agrarreform man die Grundsätze des Besitzrechtes nicht übersehen darf. Die der Kirche gehörenden Güter können nicht Eigentum des Staates sein.

Abg. Stolarski erklärt im Namen der polnischen Bauern, daß der Entwurf der Mehrheit des Ausschusses derjenige sei, der zur Gewissmach der Agrarverhältnisse führen könnte. Der Kleingrundbesitzer begrüßt diesen Entwurf als einzigen Ausweg. Redner erhebt Einspruch gegen die von seinem Vorredner gemachten Einwendungen.

Die nächste Sitzung findet Freitag 10 Uhr vorm. statt. Die erste Sitzung nach Pfingsten ist für Donnerstag angesetzt.

## Auflösung des Reichstags?

Der „Glos Polisi“ meldet aus Krakau: „Vor einigen Tagen fand hier ein Kongress der Delegierten der polnischen Volkspartei Stanislawi statt, auf welchem unter anderem folgende Beschlüsse gefasst wurden:

1) In Anbetracht dessen daß der gegenwärtige Reichstag sich vorwiegend aus reaktionären Elementen zusammensetzt, die das Vertrauen der Wähler, d. h. des Volkes missbrauchen und die Frage der Verleihung einer Verfassung, der Beschaffung von Land, Brot und Verdienst nicht lösen, daß die Reichstagsmehrheit bemüht ist, die Volksbewegung mit Hilfe von Sieben und Standrecht zu unterdrücken, erachtet es der Kongress der polnischen Volkspartei für notwendig, daß der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden.

2) Der Kongress der polnischen Volkspartei verlädt in der Erkenntnis der Gemeinschaft der Ziele des Kampfes um die Volksrechte, um die Abschaffung des gesellschaftlichen Drucks und der Ausbeutung des arbeitenden Volkes, die Brüderlichkeit mit der polnischen Volkspartei des früheren Kongreßpolens und erklärt, daß er freundschaftliche Beziehungen zu der polnischen Sozialistischen Partei anstreben wird“.

## Deutschösterreichs „Nein“.

Die Wiener Presse bringt Leitartikel über die Deutschösterreichs diktatorischen Friedensbedingungen, die sie für unannehmbar findet. Das „Neue Wiener Journal“ schließt seine Ausführungen wie folgt:

Die bekannt gewordenen Bedingungen genügen, um festzustellen, was dieses verächtliche Deutschösterreich ist und daß es nicht lebensfähig werden kann, es ist kein souveräner neutraler Staat, das ist eine Kolonie, aber eine Kolonie, in der das deutsche Volk der ehemaligen habsburgischen Monarchie härteste Sklavenarbeit wird tun müssen für übermäßige Plantagenbesitzer. Ist es wahr, daß das Gewissen Wilsons Deutschland gegenüber erwacht, dann darf es auch uns gegenüber nicht taub bleiben. Wilson hat uns genau so wie Deutschland in die Falle der vierzehn Punkte gelockt und hat, bisher wenigstens, mit keinem sichlichen Erfolge auch nur eine Hand gerührt, als die Falle hinter Deutschland und uns zuschlug. Wenn der Friedensvertrag von Versailles, falls er nicht im Sinne der Vorschläge Deutschlands abgeändert wird, den Fluch von 60 Millionen des großen deutschen Volkes — groß auch heute, trotzdem es in den Staub gedemütigt ist — auf das Haupt Wilsons sammelt, so wird sich diesem Fluch auch der Fluch der untrennbar zehn Millionen des deutschösterreichischen Brudervolkes, dessen uralte Kultur durch keine Schandtat makeloser Sieger aus der Welt geschafft werden kann, beigesellen. Aber noch heißt es trotz des tiefsten Schmerzes, trotz der aufflammenden Empörung ruhig Blut bewahren. Unannehmbar sind die Bedingungen von Saint-Germain wie die von Versailles. Aber noch ist nicht das letzte Wort gesprochen. Festigkeit und Klugheit unserer Delegierten dürfen nicht erlahmen. Es gilt den Kampf um die Freiheitsmöglichkeit des Vaterlandes, um ein unabhängiges Deutschösterreich friedamer Arbeit und lernende Kultur, es gilt einen Kampf der Geister, der vielleicht noch härter sein wird als es der Kampf auf den Schlachtfeldern war. Die in Saint-Germain für ihr Vaterland, für ihr Volk, für uns ringen, ihnen gilt unser Gruss, ihnen auch unser Zutrau, der sie stärken möge. Was Deutschösterreich bisher geboten wird, ist Tod und Vernichtung, ist unannehmbar! . . .

## Der Eindruck in Wien.

Der erste Eindruck, den man in Wiener Regierungskreisen aus den Mitteilungen über den Friedensvertrag gewinnen konnte, ist leider ein trübler. Noch schlechter als in bezug auf die territorialen Fragen ist der Eindruck, den man aus den handelspolitischen Bestimmungen gewinnt. In territorialer Hinsicht ergibt sich aus der Bestimmung, daß die Ostgrenze unverändert bleibt, die Folgerung, daß Österreich-Westungarn nicht erhält. Sehr ungünstig sind die Bestimmungen bezüglich der Grenze gegen die Tschecho-Slowakei. Aus der Bestimmung, daß die Grenzen im Süden der Tschecho-Slowakei nach den alten Verwaltungsgrenzen verlaufen, ergibt sich die Abgrenzung nach den historischen Gebieten. Es wird dabei nur eine einzige Ausnahme gemacht, und da wieder zu Österreich-Ungarn, nämlich in der Gegend von Unterhomenau, das bekanntlich schon seit langem von den Tschechen beansprucht wurde. Auf dieses Gebiet dürfte sich ebenfalls die beabsichtigte Einführung einer Kommission zur Entscheidung der Grenzen beziehen. Sehr belästigend ist der Verlust von Radkersburg und Marburg, schon deshalb, weil die alte berechtigte Forderung nach Sicherung des Bahnhofs in Klagenfurt, Villach und Marburg unberücksichtigt bleibt.

Immerhin läßt die Tatsache, daß bezüglich der Grenzen von Kästen und Tirol noch keine genauen Angaben vorliegen, die Hoffnung offen, daß doch noch ein Stück Tirol und der größte Teil von Kästen erhalten bleibt. Diese Folgerungen treffen natürlich nur zu unter der Voraussetzung, daß der Reuter-Bericht richtig ist.

## Die Antwort auf die deutschen Gegeuvorschläge.

Paris, 6. Juni. (P. A. T.)

Die Antwort auf die deutschen Gegeuvorschläge wird der deutschen Delegation nicht vor Dienstag, dem 11. Juni, eingebracht werden. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird, falls nicht unverholt, am 15. Juni erfolgen.

Die Mehrzahl der Pariser Zeitungen behauptet, daß die Entente in grundsätzlichen Fragen, besonders in territorialen Fragen, keine Zugeständnisse machen wird. Der „Temps“ zweifelt daran, daß die Antwort der Alliierten dem Grafen Brodorff-Ranau noch in dieser Woche überreicht werden wird. „Victoire“ bestätigt die Meldung, daß der Biererat nicht geneigt ist, die den Deutschen diktatorischen Bedingungen abzuändern und in militärische Verhandlungen zu treten, wie dies Graf Brodorff-Ranau vorgeschlagen hat. Die Einigung des Rates ist durchaus nicht erschöpft, obwohl Lloyd George geneigt ist, gewisse Zugeständnisse hinsichtlich einiger Distrakte in Oberschlesien zu machen. Jedoch sind die Interessen der Polen von Clemenceau gut vertreten und aller Wahrscheinlichkeit nach werden die ursprünglichen Bestimmungen auf gewissen Abänderungen hinsichtlich der technischen Ausführung sich Geltung verschaffen. „Victoire“ schreibt, daß Oberschlesien unmittelbar polnisch ist und ein Zugeständnis den Deutschen gegenüber wäre eine Schädigung der Polen. Frankreich, dem man die strategische Kriegsgrenze verweigert hat, braucht zu seiner Sicherheit nicht nur ein unabhängiges und neutrales Österreich, sondern auch ein starkes Polen, als ein Nebengewicht im Osten. Die industriellen östlichen Gebiete sind indes den Polen für ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit unentbehrlich. Die Frage Oberschlesiens ist also sowohl eine französische wie eine polnische.

## Vor der letzten Entscheidung.

Berlin, 5. Juni.

Der „Borwürz“ schreibt: Das deutsche Volk kämpft ehrlich mit dem Rücken gegen den Abgrund. Weitere Schritte zurück seien unmöglich, ohne zum Sturz zu führen. Bleibe trotz etwaiger Abänderungen des Versailler Entwurfs durch den Gegner das Wesen der ursprünglichen Bedingungen erhalten, so müsse es auch beim ursprünglichen deutschen „Nein“ bleiben. Das „Ja“ der deutschen Unabhängigkeiten sei kein „Ja“. Die Unabhängigen dächten gar nicht daran, die Verpflichtungen nach erfolgter Unterchrift wirklich zu übernehmen. Eine unausrichtige Unterzeichnung

des Friedensvertrages im Sinne der Unabhängigen werde den französischen Militärs nur einen ernsthaften Vorwand zur dauernden Annexion des linksrheinischen Gebietes liefern. Deutschland bleibe bereit, Verpflichtungen auf Grund der eigenen Gegenvorschläge zu erfüllen, und über andere Forderungen dieser Verpflichtungen innerhalb angemessener Höchstgrenzen zu verhandeln. Deutschland verharre aber auch bei der Weigerung, einen Vertrag zu unterzeichnen, den es nicht einhalten könne.

Nach der Veröffentlichung der ausführlichen Mitteilungen über die deutschen Gegenvorschläge halten die rechtsstehenden Blätter an ihrer ablehnenden Haltung fest. Die „Deutsche Tageszeitung“ richtet sich gegen die deutschen Vorschläge, namentlich geben dem Blatt die finanziellen Angebote viel zu weit. Die „Tägl. Rundschau“ bezeichnet die deutschen Konzessionen als ungeheure. Der „Berl. Volksatz“ schreibt: „Man wird ein Friedensangebot, worin der Geist der Versöhnlichkeit so aufrichtig passt und bis zur Höhe der Selbstvernichtung gesteigert ist, vergebens in Staatsarchiven suchen.“ Die „Germania“ hebt hervor, daß in den deutschen Gegenvorschlägen überall in dem Hintergrund steht, was man nach den ewigen Verpflichtungen der Alliierten in deren Entwurf vermisst, nämlich die großen Richtlinien der Menschheitsversöhnung und des Weltfriedens.

Keine Abtretung deutschen Gebiets westlich der Demarkationslinie im Posenschen.

Nauen, 6. Juni. (P. A. T.)

Die hiesige Funkstation meldet: Zur Beurteilung der Deutschen im Posenschen dienen die von den Abgeordneten aus dem nördlichen Teil des Posenschen Gebiets mitgebrachten Meldungen. Letztere besagen, daß von einer Abtretung der Kreise westlich von der Demarkationslinie keine Rede sein könne. Die Regierung würde aber auch gegen die Abtretung der östlich von der Demarkationslinie gelegene Gebiete sich zur Wehr setzen.

## Absonderungsbestrebungen

im deutschen Osten.

Berlin, 6. Juni. (P. A. T.)

Die „Post“ meldet, daß auch im Osten sich Absonderungsbestrebungen bemerkbar machen. Nach Ansicht der „Post“ haben jedoch diese Störungen eine andere Ursache als die westliche. Die deutschen Ostmarken würden sich nur dann selbstständig machen, falls das Deutsche Reich unter einem höheren Druck sich von seinen Ostgebieten lossagen sollte. Nach deutscher Pressemeldungen treten in Westpreußen Bestrebungen zutage, die die Bildung eines Ostverbandes zum Zweck haben, wobei Westpreußen eine selbständige Provinz unter der Präsidenschaft des Bischofs Warminski werden würde. Infolge dieser Nachrichten haben die deutschnationalen Abgeordneten in den Landtag eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung zur Bekanntgabe ihres Standpunktes aufgefordert wird.

Die Deutschen und die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs.

Paris, 6. Juni. (P. A. T.)

Es scheint sicher zu sein, daß Deutschland nicht zur Entschädigungskommission zugelassen werden wird, auch wird Deutschland nicht auf den Wiederaufbau der von seinen Heeren zerstörten Gebiete beauftragt werden.

Proteste gegen die Ausrufung der Rheinrepublik.

Berlin, 6. Juni. (P. A. T.)

Präsident Ebert hat der französischen Regierung einen Protest gegen die Ausrufung der Rheinrepublik zugestellt. Letztere soll, wie es in dem Protest heißt, unter dem Druck der Okkupationsbehörden ausgerufen worden sein.

Berlin, 6. Juni. (P. A. T.)

Die Zentrumsfaktion hat in der Nationalversammlung eine Deklaration eingebracht, in welcher sie gegen das gewissenlose Vorgehen einzelner Elemente protestiert, die mit der Unterstützung der feindlichen Okkupationsbehörden an der Loslösung deutscher Gebiete vom Deutschen Reich arbeiten und Deutschland an den Bettelstab bringen. Die Faktion wendet sich an alle

ihre Anhänger mit der Aufforderung, dem Vaterlande treu zu bleiben.

**Paris, 6. Juni. (P. A. T.)**

Gestern tagte die Kommission, deren Aufgabe darin besteht, für die Rheinprovinzen für die Zeit der Okkupation ein Gesetz auszuarbeiten. Der Rat der 5 Außenminister hat die Hauptgrundzüge der Änderungen des Vertrages von 1839 beschlossen. Es wird ein Sonderausschuss gebildet werden, zu dessen Bestand Vertreter der 5 Großmächte sowie die Vertreter Belgien und Hollands gehören.

**Saig über die Gefahr eines neuen Weltkrieges.**

**London, 5. Juni.**

General Sir Douglas Haig hielt in Edinburgh eine Rede, in der er ausführte, daß ein großer Weltkrieg, in dem ganz Asien sich gegen Europa stellen werde, in nächster Zukunft nicht zu vermeiden sei, wenn nicht ein besseres Verhältnis zwischen den Völkern der Welt herbeigeführt wird. Der General wies darauf hin, daß alle Mittel für die Herbeiführung eines gesuchten Friedens in der Vergangenheit nicht bewahrt haben, so daß neue Mittel gefunden werden müssen, um die Völker der Welt so zu erziehen, daß Kriege in Zukunft unmöglich werden. Dies kann nur geschehen, wenn die Beziehungen zwischen den Völkern der Welt auf dieselbe Weise geregelt werden, wie sie gegenwärtig zwischen den Teilen des britischen Weltreiches bestehen. Ein derartiger Weltkrieg würde so grausam werden, wie ihn die Welt noch nie gesehen habe.

### Die Verhältnisse in Ungarn.

Die Wiener Gesandtschaft der ungarischen Räterepublik hat seit einigen Tagen eine Presseleitung eingerichtet, die die Aufgabe hat, die Deutlichkeit über die Entwicklung der Verhältnisse in Ungarn fortlaufend zu informieren. Ein Mitarbeiter des „Neuen Wiener Journal“ hatte mit dem neu bestellten Presseleiter Dr. Eugen Edelhy eine Unterredung, die wertvolle Aufschlüsse über die Gegebenheiten in Ungarn brachte. Dr. Edelhy konnte zunächst mitteilen, daß in der Slowakei bereits die Ausruftung der Räteregierung erfolgt ist, (siehe die betreffende Meldung, Die Schriftl. ein Ereignis, zu dem es angeht, der andauenden Erfolge, die die ungarischen Roten Truppen in der letzten Zeit gegen die Tschecho-Slowaken und Rumänen erzielten, logischerweise kommen müste. Dazu kam es nach den Auseinandersetzungen Dr. Edelys auch infolge des Druckes, den die tschecho-slowakische Willkürherrschaft auf die Arbeiterschaft übte. Schon seit Wochen war es bekannt, daß besonders im östlichen Teile der Slowakei, vornehmlich in der Industrieregion von Košice, in welcher etwa 50 000 bis 60 000 organisierte Arbeiter beschäftigt sind, eine starke tschechisch-ungarische Bewegung wahrgeworden ist und daß auch wiederholte Besuchungen gemacht wurden, die tschechisch-herrschaft abzuschütteln. In der vorigen Woche ließen tschechische Blättermeldungen erkennen, daß hinter den Reihen der tschechischen Truppen ernste Unruhen ausgebrochen sind. Die Arbeiterschaft von Košice und Umgebung hatte sich bewaffnet und war den tschechischen Truppen in den Rücken gefallen. Das nötigte diese, die Stadt zu räumen. Seitdem gelang es den Tschechen nicht mehr, die Stadt wieder in vollem Besitz zu bekommen. Heute ist es nur noch eine Frage von Stunden, daß die Budapester Truppen in Košice einmarschieren, um sich mit dem dortigen Proletariat zu vereinigen, das wahrscheinlichweise schon vor einigen Tagen die Diktatur ausgerufen hat. Diese Vereinigung mit den Truppen aus der Gegend von Miskolc ist um so

ehler nur noch eine Frage von Stunden, als die ganze tschecho-slowakische Front, wie selbst die tschechischen Berichte verschleiert zugesiehen müssen, im Rollen ist.

Jedoch nicht in der Kaschauer Gegend allein haben die Tschechen gegen den starken Widerstand der Arbeiterschaft anzukämpfen. Das scheint auch, wie aus zahlreichen Dokumenten hervorgeht, in Preßburg der Fall zu sein, und es verlautet, daß auch Preßburg bereits demnächst von den Tschechen-Slowaken geräumt werden soll.

### Ausruftung der Räteregierung in der Slowakei.

**Wien, 5. Juni.**

Wie von der Presseleitung der ungarischen Gesandtschaft in Wien mitgeteilt wird, soll nunmehr auch in der Slowakei die Räteregierung ausgezogen werden sein. Das unter dem Druck der ungarischen Roten Truppen stetig erfolgende Zurückweichen der Tschechen-Slowaken soll die Proliferierung ermöglicht haben. In Budapester Regierungskreisen rechnet man übrigens auch mit einem unmittelbaren Umschwung in Kaschau und mit einer nahen Nähmung Preßburgs durch die Tschechen-Slowaken.

### Wiederaufrichtung des Königreichs Ungarn.

**Agram, 5. Juni.**

Wie das der Regierung nahestehende Blatt „Intarsia“ aus Belgrad meldet, bestätigt es sich, daß eine ungarische Abordnung im Auftrage der Regierung Ugron-Domanski den Kronprinzen-Regenten Alexander die ungarische Königskrone angeboten hat. In jugoslawischen Kreisen sei man einer Vereinigung mit Ungarn in Form einer Personalunion nicht abgeneigt. Die Belgrader „Pravda“ berichtet hierzu, Kronprinz Alexander habe sich noch nicht entschieden. Man glaubt, er werde den Eintritt geordneter Verhältnisse in Ungarn abwarten, ehe er seine Zustimmung erteilen wird.

### Der tschechisch-ungarische Krieg.

**Lyon, 6. Juni. (P. A. T.)**

Aus Prag wird gemeldet, daß der Ministerrat energische Maßnahmen zur Befreiung der von den Ungarn besetzten Gebiete beschlossen habe, in welchen die Ungarn sich verschiedene Gewalttaten zuschulden kommen lassen.

### Ein Ultimatum der Entente.

Die Alliierten überreichten in Spa am 30. Mai eine Note, betreffend die deutschen Truppen in Lettland und Litauen, worin gefordert wird:

1. Deutsche Streitkräfte sind in den baltischen Provinzen zu belassen. Es wird eine Linie festgelegt, bis zu der sie sich zurückziehen werden.

2. General Graf v. d. Goltz kann in seinem Kommando unter folgenden Bedingungen belassen werden: a) Der General erhält deutscherseits Befehle, die zur Errichtung einer Koalitionsregierung geeignet sind. In ihr müssen sämtliche lettischen Parteien entsprechend ihrer Bedeutung vertreten sein. b) Rückgabe der Waffen an die lettischen Truppen. c) Ungehinderte Durchführung der lettischen Streitkräfte. d) Zusicherung völliger Freiheit für die neue lettische Regierung in ihren Kampfhandlungen.

Zur Annahme dieser Bedingungen wird eine Frist von 15 Tagen gestellt, nach welcher die Frage des weiteren Verbleibens des Generals v. d. Goltz geklärt wird.

„Herr!“ leuchtete er mit mühsam unterdrückter Erregung, „es geschieht wahnsinnig nicht Ihretwegen — aber was mein gutes Recht ist, lasse ich mir nicht rauben! Oder glauben Sie etwa, ich ließe mich davon jagen, wie man einen Hund davon jagt? Es gibt mancherlei in diesem Walde, was ich nur weiß und was ich meinem Nachjäger zeigen und sagen muß, damit er sich jurecht findet. Und ich meine doch, wenn ich mehr als dreißig Jahre lang gut genug war, meinen Wald zu hegen und zu pflegen, so wird man mir wohl auch die wenigen Tage gönnen dürfen, um ihm Lebewohl zu sagen.“

Der Graf zitterte vor Anger.

Es war ihm durchaus nicht recht, daß Bachmann mit dem neuen Förster zusammentrat, denn es konnte dann wohl leicht geschehen, daß die mahnenden Gründe der Entlassung Bachmanns dem neuen Förster zu Ohren kamen und dieser sogleich eine schlechte Meinung von ihm erhielt.

Aber was war da zu machen? Er konnte ja die „Tuerklopfgkeit“ des Alten.

Wenn der es sich einmal in den Kopf gesetzt hatte, bis zum letzten Augenblick zu bleiben, so war da nichts zu machen.

„Es ist genug!“ stieß er kurz und rauh hervor. „Ich hatte erwartet, Entgegenkommen bei Ihnen zu finden. Ich habe mich getäuscht. Nun denn, mein Schatz wird es nicht sein, sondern der Ihrige. Ich werde mich danach zu richten wissen. Bleiben Sie also ruhig bis zum Ersten, aber lassen Sie es sich gesagt sein, daß Sie bis

um zwölf Uhr mittags die Wohnung zu räumen haben!“

„Die Drohung war nicht nötig, Herr Graf,“ versetzte der Alte düster. „Freilich, ich habe mir all die Jahre hindurch denn doch einen anderen Auszug aus dem Försterhause vorgestellt: Im Sarge, Herr Graf, die Hände auf der Brust gefaltet und auf den kalten Lippchen einen letzten Segensspruch für meine gnädige Herrschaft. Und die Bäume meines Waldes sollten mir mit ihren Wipfeln den letzten Abschied rauschen.“

Er wandte sich ab.

Wenn es ihm auch das Herz abdrückte, — vor dem Grafen wollte er seine Erstickung nicht zeigen.

Der Graf zerrte an seinem Schnurrbart. Das fühlte ihm auch noch! Schließlich beging er noch ein Verbrechen, wenn er von seinen Rechten Gebrauch machte!

Trotz der Wut, in die er sich hinein zu arbeiten versuchte, war ihm aber doch ganz unbewußt zumute.

Er murmelte ein kurzes „Adieu“ und verließ das Zimmer.

Aber so leichten Lausen kam er nicht davon. Draußen vor dem Hause erwartete ihn die Muhme.

Sie sah jetzt durchaus nicht mehr respektvoll aus.

Kampfeslustig stellte sie sich dem Grafen in den Weg.

„Was Sie hem alien Mamme da drinnen angefan haben und daß er vielleicht doran zu Grunde gehen wird, das mögen Sie mit Ihrem eigenen Gewissen und unserm Herrgott abmachen, gnädiger Herr Graf,“ sagte sie, die Hände anklagend gegen ihn erhoben. „Aber das sage ich Ihnen

## Lokales.

**Lodz, den 7. Juni.**

**Zur Bekämpfung des Buchers und des Bestechungsuntwesens.** Die Rechtskommission des Reichstages hielt am Dienstag und Mittwoch mit Vertretern des Ministeriums des Innern, des Justizministeriums, des Ministeriums für Handel- und Industrie, der Staatsanwaltschaft, des Appellationsgerichtes, des Bucherbeamten, dem Polizeichef von Warschau und mit Ingenieur Dräxli, in der Angelegenheit der Bucherbekämpfung eine Konferenz ab. Sie wurde von Dr. Z. Marek geleitet, der folgende Grundsätze vorbrachte, nach denen der Kampf mit den Buchern und den bestechlichen Beamten aufgenommen werden soll. Es sollen besondere Gerichte geschaffen werden, die die Bucher und Staatsbeamten, die sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließen, aburteilen werden. Das Gerichtsvorhaben soll vereinfacht werden. Der Urteilspruch muß in kurzer Zeit, zum Beispiel in 3 Tagen, gefällt werden. Die Untersuchungshaft für Bucher wird obligatorisch sein; das vom Standgericht gefallte Urteil wird endgültig sein und kann nicht angefochten werden.

Außerdem wurde beschlossen, für alle Händler den Fakturenzwang einzuführen und den Handel von der besonderen Erlaubnis der Behörde abhängig zu machen. Überschreitungen dieser Vorschriften werden wie Bucher bestraft werden. Daraus wurde die Angelegenheit der Hinzuziehung der Allgemeinheit zur Kontrolle und Teilnahme im Standgericht berührt.

In Bezug auf die Strafe waren alle Teilnehmer der Konferenz der Ansicht, daß nur die schwerste Strafe angewandt werden müsse, der größere Teil der Anwesenden war für die Todess- und Prügelstrafe. Diese Grundsätze waren Gegenstand einer längeren Diskussion. Das Ergebnis der Beratungen der Konferenz wird der Rechtskommission des Reichstages vorgelegt werden, die am 6. Juni diese Frage behandeln und einen Berichtstatler wählen wird, der diese Frage dem Reichstag unterbreiten soll.

**Die Versorgung der Armee.** Im „Kurier Warschaw“ finden wir nachstehenden Brief der sozialen Organisation zur Versorgung der Armee abgedruckt, der auch unsere Leser interessieren dürfte:

„Die Organisation stellte gegen 7000 Arbeiter zum Nähen von Uniformen an, und zwar erfolgte die Aufstellung auf Grund von Bestellungen der Heeresverwaltung. Mit Ausnahme von drei privaten Lieferanten werden die Bestellungen ausschließlich von Verbänden und Kooperativen ausgeführt. Gegenwärtig sind alle diese Leute ohne Arbeit geblieben, die besonders ins Leben gerissenen Verbände wurden teilweise aufgelöst und die Zahl der Arbeitslosen ist wiederum um mehrere tausend gewachsen. Das Wirtschaftsdepartement des Kriegsministeriums lehnt nach der Verabsiedlung von Stoffen für 10 000 Uniformen, d. h. 1/4 des ganzen Auftrages, die weitere Abgabe von Stoff, trotz aller Bitten ab. Das Departement behauptet, daß es in den Lagern keine Uniformenstoffe mehr besitzt, wenn ihm aber die sofortige Lieferung von gutem Tuch unmittelbar aus den Fabriken vorgeschlagen wird, so lehnt es das Angebot ab, oder beantwortet es mit Schweigen. Es erklärt, daß es inländisches Tuch nicht benötigt, da es teuer ist; ohnehin würden aus dem Auslande demnächst billige Uniformen eintreffen.“

**Das Ministerium für Industrie und Handel erteilt den Fabrikanten Millionenkredite, um die Industrie wieder zu beleben, das Ministerium für Heeresangelegenheiten dagegen lauft zu der-**

doch: wenn die selige Frau Gräfin Mutter und der selige Herr Graf würkten, wie der Herr Sohn einen treuen Diener auf seine alte Tage aus seinem Hause verjagt, — bei allem Respekt vor den seligen Eltern, sie würden sich im Grabe umdrehen und würden tun, was die alte Christine jetzt an ihrer Stelle tut! Psui, und nochmals Psui!“

Sie warf ihm einen Blick zu, in der ihre ganze Verachtung hinein zu legen sie sich bemühte, und ging dann an ihm vorüber in das Haus.

Der Graf war blaß geworden.

Seine Hand umklammerte unwillkürlich fester den Griff des Stockes.

Dann aber lochte er verächtlich auf.

„Betrügt Alte!“

Und achselzuckend ging er davon.

Als Muhme Christine, nachdem sie aus solche Weise ihr überwolltes Herz erleichtert hatte, die Stube betrat, bemerkte es der Förster kaum.

Er saß in dem großen Lehnsessel am Ofen.

Die Ellenbogen auf die Knie und das Kinn in die Hand gestützt, starnte er verzweiflungsvoll und düster vor sich hin.

Die Muhme erichrat bestig, als sie ihn so ganz gebrochen dastand sah, und obgleich es ihr selbst schwer genug ums Herz war, legte sie ihm die Hand tröstend auf die Schulter.

„Nimm Dir's nicht zu Herzen, Schwager: Wenn Deine Gnade einen zur Unechte gebracht, Du bist es ganz gewiß nicht. Gott weiß es, ich habe mir das Ende auch einmal anders gedacht, aber wie es ist, so ist es Gottes Wille, und in der Stadt oder sonstwo läßt es sich zur Not wohl auch noch leben!“

Der Förster schüttete auf diese wohlgemeinten Worte aber nur traurig den Kopf.

selben Zeit fertige Kleidung im Auslande, gestattet den heimischen Produktionskräften nicht zu arbeiten und vergrößert die Zahl der Arbeitslosen. Die Bestellungen, die die heimischen Fabriken erhalten könnten, erhält das Ausland.

Ein zweites Beispiel. Man kann die Schuhmacherwerkstätten nicht in Betrieb setzen, weil das Wirtschaftsdepartement des Ministeriums für Heeresangelegenheiten unseren Handwerkern nicht gestattet, ohne Kautio zu arbeiten; es verlangt eine Bürgschaftsumme sogar in dem Falle, wenn es ihnen von sich aus überhaupt nichts zur Verfügung steht. Es kommt dazu, daß das Departement sogar die bereits angefertigten Schuhe abnehmen ablehnt, deren Preise es selbst bewilligt hat, aus dem einzigen Grunde, weil keine Kautio hinterlegt wurde.

Im Lodzer Bezirk besitzen wir ungefähr 600 Manufakturwarenfabriken, in Bielskost gibt es deren etwa 250, die Rohstoffe, wie Wolle und Wollabfälle, sind im Lande vorhanden, die Uniformen oder Uniformenstoffe aber kaufen wir im Auslande, weil sich das „billiger“ stellt. Nur bezahlen wir dieses „billiger“ mit der im Lande zunehmenden Armut, bezahlen es mit der immer größer werdenden Not und wachsenden Zahl der Arbeitslosen, für die wir sogar besondere Arbeit schaffen oder aber sie unterhalten müssen.“

**Angetreue Staatsbeamte.** Uns wird geschrieben: Es mehren sich die Fälle, daß von den neu angestellten Staatsbeamten Plausionsen etc. verübt werden, die auf die Allgemeinheit unseres Beamtenkorps ein schlechtes Licht werfen. Leider unterläßt es die Civilbediensteten, von den ihnen bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten die vorgesetzten Behörden zu verständigen, wodurch der Korruption nur Vorleb ist.

Es ist doch Pflicht jedes Staatsbürgers, daß jede ihm bekannt gewordene Pflichtverletzung seitens des Staatsbeamten sofort öffentlich gebrandmarkt werde oder die vorgezeigten Behörden verständigt werden, um durch die Entfernung solcher Auswärtslinge Volk und Staat vor weiterem Schaden zu bewahren.

In der letzten Zeit wurden wiederum im Bereich der Staatsforstinspektion Lodz 3 ungetreue Beamte aus dem Dienste entlassen und gegen sie die Untersuchung eingeleitet. An der Oberförsterei Łask wurden die Förster Michałski in Molenda und Kostyki in Pawłowice vom örtlichen Oberförster bei Unregelmäßigkeiten entdeckt, ebenso in der Oberförsterei Uniejów der Förster Nizio.

**Gegen den Feiertagshandel.** Vom Feiertag der Christlichen Raukunft ist ein Komitee ins Leben gerufen worden, das in den nächsten Tagen eine Reihe von Versammlungen gegen den Handel an Sonn- und Feiertagen einberufen wird. Die auf diesen Versammlungen gefassten Beschlüsse werden unverzüglich dem Reichstag unterbreitet werden.

**Die nächsten Stadtverordnetenversammlungen** finden am Dienstag und Mittwoch, den 10. und 11. Juni, statt.

**Vortrag.** Am Donnerstag, den 12. Juni, wird der Stadtverordnetenvorsteher Volkskommissar Klemiszewski, im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung eine Vortrag über „Die Stellung des polnischen Kommunalbeamten in der gegenwärtigen Zeit“ halten. Zulritt haben die Mitglieder des Verbandes der Kommunalbeamten sowie eingeführte Gäste.

**In der Kanzlei des Stadtrates von Lodz** ist die Stelle eines Gehilfen des Bürohefs mit einem Gehalt von 800 Mark monatlich frei geworden. Erforderlich sind theoretische und praktische Kenntnisse in der kommunalen Verwaltung und höhere Bildung. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisschriften und Empfehlungen

„Meinst Du, ich wäre ein Förstermann und würde es nicht, daß man einen alten Baum nicht verpflanzen soll? Ha, ja, in der Stadt! Da kann ich jeden Tag auf die Promenade gehen und mir da die Bäume ansehen, ob sie auch häßig regelrecht geschnitten sind, oder ich kann Dackel abrichten, daß sie das Apportieren lernen!“

Er atmete tief auf und schüttete wild den Kopf.

„Wie ein Hund davongejagt! Ah, — ich ertrag's nicht!“

Und dabei blieb er. Was die Muhme ihm auch noch sagte, um ihn zu trösten, er hörte kaum hin; nur von Zeit zu Zeit schlüpfte er wild den Kopf und stieß dann immer die gleichen Worte hervor:

„Davongejagt! Wie ein Hund davongej



hat der Arbeiter- und Soldatenrat einen einstigen Streik beschlossen, der bis 6 Uhr abends dauern wird. Infolgedessen werden die Berliner Zeitungen erst Sonntag früh erscheinen.

## Kirchliche Nachrichten.

### St. Johannis-Kirche.

Sonntag, 1. Pfingstfeiertag, nachmittag 6 Uhr: Liturgischer Festgottesdienst. Pastor Dietrich. Nachmittags 1/2 Uhr: Kinderlehr. Pastor Dietrich. Montag, 2. Pfingstfeiertag, vormittag 10 Uhr: Hauptgottesdienst. Pastor Dietrich.

### St. Matthäus-Kirche.

Sonntag, 1. Pfingstfeiertag, vormittag 10 Uhr: Festgottesdienst. Pastor Otto. Montag, 2. Pfingstfeiertag, vormittag 10 Uhr: Gottesdienst. Pastor Otto.

### Dombrowa.

Dienstag, 3. Pfingstfeiertag, vorm. 1/2 Uhr: bei günstigen Wetter Gottesdienst auf dem Dombrowaer Kirchhofe. Pastor Dietrich.

### Kapelle der ev.-luth. Diaconissenanstalt, Pułnocnastraße 42.

Pfingstsonntag, vormittags 10 Uhr: Hauptgottesdienst. Pastor L. Payer. Pfingstmontag, vormittag 10 Uhr: Gottesdienst. Pastor L. Payer.

### Christliche Gemeinschaft.

Kosciuszko-Ufer 57 (Promenadenstraße Nr. 11). Pfingstsonntag, den 8. Juni, 7½ Uhr abends: Evangelisationsvortrag.

Pfingstmontag, den 9. Juni, 7½ Uhr abends: Evangelisationsvortrag.

Donnerstag, den 12. Juni, 7 Uhr abends: Bibelstunde.

Baptisten-Kirche, Nawrotstraße.

Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger E. Kupisch.

Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger E. Kupisch.

Im Anschluß Verein junger Männer und Jungfrauenverein.

Montag, vormittag 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Stadtkirchior. R. Jordan.

Donnerstag, nachm. 4 Uhr: Frauenverein.

abends 7 Uhr: Bibelstunde.

Baptisten-Kirche, Rzgowska-Straße.

Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger B. Göde.

Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger B. Göde.

Montag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst.

Dienstag, abends 7 Uhr: Gebetsstunde.

Freitag, abends 7 Uhr: Bibelstunde.

Betsaal der Baptisten, Baluty, Legionowska-Straße 60.

Sonntag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger M. Lach.

Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger M. Lach.

Montag, vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst.

Mittwoch, nachm. 4 Uhr: Bibelstunde.

### Christliche Versammlung.

Petrilauer Straße 190.

Sonntag, vormittags 10½ Uhr: Gottesdienst für Gläubige.

W Poniedziałek, dnia 9 czerwca odbędzie się

## Wielki Wieczór Żydowsko-Polskiej Poezji

z udziałem: Celiny Meersonówny, Jakóba Appenzlaka

"Pierrot"

Redaktor „Dziennika Nowego“.

Saula Wagiman.

Bilety w kasie Sali Koncertowej od godziny 10 — 2 i od 5 — 7.

## Dankdagung.

für die liebvollen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste meines lieben Gatten, unseres unvergesslichen lieben Vaters und Schwiegervaters

## Wolf Löffler

sagen wir hierdurch allen, die dem Heimgegangenen die letzte Ehre erwiesen haben, unseren tiefsinnigen Dank. Insbesondere danken wir den Herren Pastoren: Schmidt-Pabianice und Dietrich-Lodz für die herzlichen Worte im Trauerhause und am Grabe, sowie den Herren Ehrenträgern, dem evangelischen Kirchenchor und den edlen Kranspendern.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

897

Konzert-Saal, Zielna-Straße Nr. 18, Montag den 16. Juni, 8 Uhr abends, Auftritt des berühmten Opernsängers der Lemberger Oper Herr Ignacy

## Mann

## CORSO

Großes Elite Feiertags-Programm.

## Zum ersten Mal in Lodz!!

### „Die geheimnisvolle Aufdeckung des Brillantendiebstahls zwischen Rotterdam und Amsterdam“

Ausgezeichnete Detektivagödie in 5 Akten.

Das Programm umfaßt: Arien von Menerber Verdi, Gall, Wagner, Paderewski, Zelenkoff, Halévy, Bizet, Majenett usw. — Akompania Dir. Th. Ryder. Billets sind täglich von 11—2 und von 5—7 Uhr in der Konditorei Gostomski (Ecke Bajtag-Meyer und Petrikauer) erhältlich.

898

## Dr. S. Kantor

Spezialarzt

D. L. Prybulski,

Janiszewska 1 (Scheiblers-Neubau).

Haut- und venerische Krankheiten

und Männer schwäche.

Sprechstund. v. 9—2 u. v. 4—8 Uhr.

Damen v. 5—6 Uhr.

891

## Spezialarzt

D. L. Prybulski,

Janiszewska 1 (Scheiblers-Neubau).

Haut- und venerische Krankheiten

und Männer schwäche.

Sprechstund. v. 9—2 u. v. 4—8 Uhr.

Damen v. 5—6 Uhr.

891

## Dr. med. W. Koźn

Petrilauer Straße 71

embält 632

Herz- und Lungenkrank

von 10—11 und von 4—6 Uhr.

898

Suche Lohnarbeit

auf 16 Stück mechanische 80" breite

engl. Webstühle. Wulcanstraße 131 II.

Wohnung 19.

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898

898